

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.



Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Brey.
Druck von C. L. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.

Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Klosterräume 7, 2. Et. — Fernschrein-Anschluß 2002.

Vier Jahre Krieg.

Ein Meer von Blut und Tränen haben die vier Kriegsjahre geschaffen. Die Menschheit zermürbt sich jetzt und noch lange nach dem Kriege an dessen Folgen. Dass dieser Krieg bei unserer Kulturreise überhaupt kommen konnte! Er musste kommen als Resultat der international-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn auch der Kapitalismus hat mit der Kulturreise Schritt gehalten und war an einem Punkte angelangt, an dem seine weitere Auswirkung die Bezeichnung Imperialismus trägt. Die Aufteilung des Weltmarktes sollte vor sich gehen. Das konnte auf friedliche Weise geschehen, wenn an Stelle des Privateigentums die Gemeinwirtschaft gewesen wäre. Der letzteren sind wir durch den Krieg näher gekommen. Nun soll eine gewaltsame Aufteilung der Erde stattfinden. Rücksichten auf die Lebensnotwendigkeiten des Gegners wiegen hierbei sehr leicht. Neue Rechtsbegriffe sind scheinbar entstanden. Aber sie beruhen, wie schon immer, auf der Macht, oder wenn es sein muß, auf Gewalt. Nur sind vorläufig an die Stelle unserer kultivierten, verfeinerten Rechtsbegriffe die alten, primitiven getreten. Die Menschheit hat sich überhaupt in mancher Beziehung stark rückwärts entwickelt, dem Urzustand entgegen. Insbesondere gilt das für die Ernährung und alsbald auch für die Bekleidung. Eine andre recht bedeckende Erscheinung hat der Krieg gezeigt. Infolge wirtschaftlicher Einfüsse hat die Moral stark gelitten. Bücher und Eigentumsvergehen sind dafür die markantesten gegenseitigen Erscheinungen. Die Unmoral ist aber keine private, sondern eine öffentliche, internationale Erscheinung. Der Zwang zur Unwahrheit und zum Hass zeugen dafür. Dass solche Zwangsmittel demoralisieren, ist nicht zweifelhaft. Der Staat kann sich zu seiner Zukunft gratulieren, dessen Bevölkerung den Zwangshass ablehnt. Dieser Staat braucht auch nach dem Kriege keine neuen Gefühle anzubefehlen. Dass selbst die christlichen Religionsgemeinschaften gegen die den Grundzügen ihrer Lehre zuwidderlaufen Anschauungen von der Menschheit kennen Protest wagten, wird ihnen nachteilig werden; noch nachteiliger, dass selbst einige ihrer Vertreter Hass predigen. Diese hatten jedenfalls das Wesen ihrer eigenen Lehre nicht erfaßt. Oder sie haben uns in der Schule nicht die Wahrheit gelehrt, von der sie selbst überzeugt waren.

Wie lange noch soll das Schlachten währen? Vorerst besteht keine Aussicht auf ein baldiges Ende. Wohl haben die deutsche Reichsregierung und das Reichstagssparlament wiederholt ihre Friedensbereitschaft bekundet. In seiner Friedensresolution vom 19. Juli 1917 hat der deutsche Reichstag erklärt:

"Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort... der Thronreize: „Uns reicht nicht Erbgerichtsrecht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unverschämtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergreift.

Der Reichstag erzieht einen Frieden der Verständigung und der dauernden Verjährung der Völker. Mit einem jöldchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verjagung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muss sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem friedlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen unterstützend fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen jöldchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Erbgericht und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenhören, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weist sich darin eins mit den Männern, die in heldenhafem Kampf das Vaterland schützen. Der untergängliche Tag des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Solange aber die Ententesozialisten jede Friedensdiskussion ablehnen, werden deren Regierungen erst recht nicht daran denken. Englische Seelen lehnen den Transport der englischen Delegierten zur internationalen Friedenskonferenz in Stockholm. Die neue sozialistische Zeitung "France Libre" sprach erst am 6. Juli 1918:

"Keine internationalen Konferenzen, sondern den Krieg! Keine Konferenzen, sondern die Niederlage des preußischen Militarismus. Keine Konferenzen, sondern Anklage gegen die deutsche Sozialdemokratie! Keine Konferenzen, sondern Vernichtung des Bolschewismus! Keine Konferenzen, sondern Sieg den Alliierten und des Friedens des Reichs!"

Wenn schon diese "Sozialisten" vom Blutkrieg befallen sind, was soll man von den bürgerlichen Chauvinisten sagen? Heute soll also nicht nur der preußische Militarismus, nein, auch der russische Bolschewismus verachtet werden.

Schließlich heißt das nichts andres als Tötung des deutschen und russischen Volkes. Man braucht nicht sein Vaterland zu verraten und kann doch den Frieden wollen und suchen.

In seiner im Vorjahr erschienenen Broschüre "Die soziale Bilanz des Krieges" sagt Marx:

"Wenn man die sieben Millionen Gefallenen zu einem Leichenzug formt, würde er sich auf fast 14 000 Kilometer ausdehnen. Er würde von Paris bis Vladimiroff reichen."

Und nun gedenkt man der Millionen Krüppel, Siechen, Halbtoten!

Woher soll das führen? Was soll daraus werden?

Wenn der Krieg die Baumblüten tötet, gibt es keine Ernte. Das wissen wir. Wir haben aber die Blüte der Nation durch den Krieg berührt lassen. Auch dieser Schaden ist nicht zeitweilig, er ist dauernd.

Die Folgen lassen sich gar nicht ausdenken.

Europa hat in diesem einzigen Kriege mehr Menschenleben verloren, als die Menschheit in allen Kriegen der Welt zusammen von 1703 bis 1913 — fast doppelt soviel!"

Und es gibt keine Macht, die dem Wüten Einhalt gebieten könnte.

Juni zwölften Male hat der deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 13. Juli die Kriegskredite bewilligt, die damit eine Höhe von 139 Milliarden erreicht haben. Ob das schon die ganze Last ist, die wir in die ersehnte Friedenszeit mit hinaufzutragen müssen; kein Sterblicher weiß es. Drückende Steuern sind uns gewiß. Über 4 Milliarden hat der Reichstag kurz vor seiner Verabschiedung bereits bewilligt. Und trotzdem das deutsche Volk seit vier Jahren um seine staatliche Unverschämtheit ringt, trotzdem es alle Nahrungsversorgungen und sonstige lästige Begleiterleidungen des Krieges geduldig auf sich genommen hat, bleibt dem größten Teil dieses Volkes sein wichtigstes politisches Recht, das Wahlrecht, vorbehunden. Der Preußische Landtag hat zunächst den § 3 der Wahlrechtsvorlage und damit das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Ist die

In der entscheidenden Reichstagsitzung vom 12. Juli 1918 hat unser Kollege Brey durch sein Eingreifen in die Debatte die Sache der Kalarbeiter nicht nur im allgemeinen gefördert, sondern im besonderen noch dadurch, daß er der Auffassung ein Ende mache, als seien die Löhne einschließlich der Zuschläge als Höchstlöhne anzusehen. Das ist nicht richtig, widerspricht auch dem § 13 des Kali Gesetzes. Die festgelegten Löhne einschließlich Zulagen sind als Mindestlöhne zu betrachten, die auch überschritten werden können. Wir lassen die Ausführungen des Kollegen Brey hier folgen und empfehlen sie allen Kalarbeitern und insbesondere den Funktionären unserer Organisation in Kaligebieten, besonderer Beachtung.

Brey, Abgeordneter: Meine Herren, möchte zunächst aus der Kommission eine Feststellung machen, die mir auch für die Ausführung des zu verabschiedenden Gesetzes nicht unwichtig erscheint. Die Rechtsauslegung, die die seitlichen Bestimmungen über die Löhne der Kalarbeiter von Werksbesitzern und Schließungsstellen gefunden haben, ging zum Teil darauf hinaus, die festgelegten Löhne nicht zu überschreiten. Nicht alle Werksleistungen waren sozial so rücksichtig, sich auf diesen Standpunkt zu stellen. Aber es gab solche, die erklärten: der im Gesetz festgelegte Lohn plus Teuerungszulage darf nicht überschritten werden, und die Anträge ihrer Arbeiter auf weitere Teuerungszulagen ablehnen. Manche Schließungsstellen traten diesem merkwürdigen Standpunkt bei und erklärten, es ginge nicht höhere Löhne zu gewähren. In der Kommission habe ich diese Angelegenheit zur Sprache gebracht; und es ist dabei festgestellt worden, daß der Wille des Gesetzgebers es nicht war, eine solche Auslegung zu gestatten eder eine solche Auslegung herbeizuführen. Vielmehr stehen sowohl Vertreter der Regierung, als auch die Kommission auf dem Standpunkt, daß die erzählten Löhne plus Teuerungszulage als Mindestlöhne anzusehen sind, die je nach Sachlage überschritten werden können. Ich möchte diese Stellungnahme für das Plenum und damit für das neue Gesetz festhalten.

Meine Freunde werden dem Antrage Gotha die Zustimmung geben. Wir haben bereits in der Kommission beantragt, den angekündigten Teuerungszulagen zu gewähren und in das Gesetz mit einzubeziehen. Der Antrag wurde abgelehnt. Es ist notwendig, den Beamten Teuerungszulagen zu gewähren, und ich begrüße die Erklärung des Herrn Vertreters der verbündeten Regierungen, daß auch die Regierung die Notwendigkeit solcher Teuerungszulagen einseht. Ich will dabei bemerken, daß uns von der Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände eine Enthaltung gegangen ist, aus der sich ergibt, daß diese Organisation in das Gesetz in Anspruch nehmen wollte, sondern hier Geschäftsbündnisse in freier Vereinbarung zu regeln bereit war. Sie ist mit diesem Versuch aber nicht zu Rande gekommen. Der Verein der deutschen Kaliinteressenten hat es abgelehnt, in Verhandlungen mit dieser Arbeitsgemeinschaft zu treten. Man wäre vielleicht nicht in die Lage gekommen, nun auch die Regelung der Gehälter ins Gesetz mit einzubeziehen, wenn die Interessentenverbände der Kaliindustrie verhandlungsbereit gewesen wären. Nun ist ein anderer Weg, als der des Gesetzes nicht zu gehen.

Ich möchte aber hier, und ich sehe da nicht allein, dem Kaliindustrie sowohl als auch dem Verein deutscher Kaliinteressenten dringend empfehlen, bei zukünftigen und ähnlichen Dingen nicht den Mann mit dem zugänglichsten Rock und der zugehörigen Tie zu spielen, sondern die Vertreter der verschiedenen Arbeiterorganisationen und Angestelltenorganisationen zu empfangen. Ich sehe jetzt, daß das in bezug auf die Arbeiterorganisationen bereits geschehen ist. Es hätte also nichts verschämt, wenn man die gleiche Tatsache seitens der Kaliinteressentenverbände auch gegenüber den Kaufmännischen Angestellten gelöst hätte.

Nun ein Wort zu der Preisfrage. Ich muß sagen, es ist eine Sachlage, in die der Reichstag da geraten ist, die man als gerade ungemein nicht zu bezeichnen braucht. Aber ich darf nicht verzweifeln, daß der Kollege Arendt diese Situation mit herbeigeführt hat. Er war es ja in der Kommission, der die Anträge gestellt hat, die er jetzt bekämpft. Die Sache hat eine Formulierung Arendts, und nachdem das parlamentarische Kind des Herrn Arendt laufen soll, dreht er ihm das Gesicht um. (Heiterkeit und Zuruf links.) — Na, ich habe schon während dieser hier bei Ihnen, Sie waren sehr erstaunt, aus den Bildern heraus. (Heiterkeit.) Es wäre natürlich gewünscht, daß der Kollege Arendt sich über die Lage der Arbeiter vorher besser unterrichtet hätte. Es wäre nach meiner Ansicht seine Pflicht und Schluß geht gewesen, den Darlegungen einzuhören, die von verschiedenen Seiten in der Kommission gemacht wurden sind, und aus denen wir die Schlussfolgerungen ziehen würden, daß die Anforderungen der Arbeiter und ähnlich auch der Angestellten aus der Preislage, wie sie durch die Kommission bestimmt gesetzelt worden ist, befriedigt werden können. Nun sind wir in die Situation gekommen, aus schwierigsten Gründen heraus einen Preisdruck wieder umändern zu müssen. Ich darf sagen, daß auch die späte Einbringung der Regierungsvorlage des Kaliindustrie hat, und ich darf gerade an diesen Vergang. die Erwähnung hoffen, daß man bei zukünftigen Preisänderungen den Preisdruck, und die von ihm einzuschiedende Kommission nicht, der in einer solche schlechte Lage bringt.

Ein Vorsatz dem Völkermord! . . .

DU VOLK DER ARBEIT UND KULTUR,
IN SÜDEN, WIE IN NORDEN,
IN WEST UND OST! VERNIMM DEN SCHWUR:
EIN VERSAT DEM MORDEN!

EIN VERSAT DEM VÖLKERMORD! . . .
WACH AUF, IHR MÄNNER, FRAUEN,
FÜGT STEIN AUF STEIN, ZUM SICHERN PORT,
UND HEILT DEN BLUTSTROM STAUEN!

VIEL JAHRE RAST DIE BLUTSEE SCHON
UND WILL NOCH HÖHER STEIGEN,
OBSCHEIN SO MANCHER ERDENSOHN
VERSANK IN NACHT UND SCHWEIGEN.

UND IMMER NOCH DIE SENKE FIRT!
WANN WIRD IHR SANG VERWEHEN?
KEIN SODOM UND SOMORRA WIRD
UNS SCHLIMMER JE ERSTEHEN . . .

DU AUFSCHREI, FLIEG VON MUND ZU MUND,
DAS WEIT INS LAND ES DRÖHNE,
UND ALLES VOLK AUF ERDEN RUND
ERLOSEND . . . SICH VERSÖHNE! . . .

Bernhard Wilhelm.

Kommission nicht imstande, ihrem Versprechen auch die entscheidende Tat folgen zu lassen, so gehen wir mit der Schwach rechtlicher politischer Ungleichheit ins fünfte Kriegsjahr hinein. Das ist der dunkle Fleck in „aus großer, stolzer Zeit“.

Die Gewerkschaften stehen trotz der Kriegsburme bis jetzt unerschüttert da. Das "Korrespondenzblatt der Generalunion" könnte fürzlich von einer starken Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften berichten. In rostloser Tätigkeit versuchen die einzelnen Verbände für ihre Mitglieder Lohnerhöhungen zu erreichen, um die schlimmsten Wirkungen der Teuerung aufzuheben. Aber schon drohen die Unternehmer mit dem Abbau der Löhne. Wir müssen also auf Kämpfe gefaßt sein, um eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft abzuwehren. Kämpfe auf wirtschaftlichen und politischen Gebiete stehen also der Arbeiterschaft bevor. Um sie mit Erfolg auszufechten zu können, ist Einigkeit die wichtigste Voraussetzung. Ist diese vorhanden, so wird die Arbeiterschaft auf beiden Gebieten zum Siege kommen. Leider scheint es, daß die politische Richtung der Arbeiterbewegung zerplastert in die Friedenszeit hinaufzugehen und zum Schaden der Arbeiterschaft. Hoffen wir, daß das fünfte Kriegsjahr alsbald den Frieden bringt, den Frieden brauen und drinnen.

Das Kali-Gesetz vor dem Reichstage.

In der Nr. 29 des "Proletariers" haben wir bereits die wesentlichen Änderungen des Kali-Gesetzes, die in der Preis- und Lohnerhöhung liegen, zum Abdruck gebracht. Es sei hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Beschlüssen des Reichstags vom 12. Juli 1918, entsprechend den sozialdemokratischen Anträgen, die Lohnzulage beträgt:

für erwachsene männliche Arbeiter pro Schicht 3 M.,
für erwachsene Arbeiterinnen pro Schicht 2 M.,
für Jugendl. Beauftragte beiderlei Geschl. pro Schicht 1,50 M.
außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren eine Zulage von monatlich 6 M. — Die Lohnzulagen gelten vom 1. Juli 1918 an. Als Grundlage für die Berechnung der Löhne gilt der im 4. Quartal 1917 innerhalb der betreffenden Arbeiterklasse erzielte Durchschnittslohn.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bachstellen-Anzeigen die
gegenüber Kolonel-Zeile
60 f.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

